

Resolution zum Landesparteitag *DIE LINKE.NRW*

In der vergangenen Woche gaben die Energiekonzerne EON und RWE bekannt, die Strom- und Gaspreise zu Jahresbeginn um bis zu 10 % zu erhöhen. Die Börse dankte es mit Kursrekorden. Die Aktien beider Unternehmen erreichten ein Allzeithoch. Analysten erwarten für die nächsten beiden Jahren eine Steigerung der sowieso schon enormen Gewinne um bis zu 15 %.

Im kommenden Winter werden mehr Menschen als zuvor in kalten Wohnungen sitzen. Für sie ist Energie nicht mehr bezahlbar. Für viele stellt sich die Frage: „Voller Bauch oder warme Wohnung?“.

Energiepolitik ist also auch Sozialpolitik. Sie muss aber auch Umwelt- und Friedenspolitik sein. Ein ökologischer Umbau der Energiewirtschaft ist unter diesen Bedingungen nicht möglich. Selbst der Ausstieg aus der Atomenergie wird zunehmend in Frage gestellt. Der sich zuspitzende Kampf um die knapper werdenden Energieressourcen ist eine der größten Gefahren für den Weltfrieden.

Die Macht der Energiekonzerne und deren enge Verflechtung mit der Politik stellt aber auch die Demokratie in Frage.

DIE LINKE. hat auf ihrem Gründungsparteitag die passende Antwort gegeben. Mit überwältigender Mehrheit wurde beschlossen: "Die Partei DIE LINKE. wird sich auf allen Ebenen für die Rückführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum einsetzen. Die Fraktion DIE LINKE. ist aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzubereiten und im Bundestag einzubringen, der die Vergesellschaftung der Energiekonzerne vorsieht. Zugleich wird eine öffentliche Diskussion darüber geführt, wie diese Bereiche einer wirksamen demokratischen Kontrolle unterworfen werden können. Vertreter von Kommunen und Kreisen, von Umwelt – und Verbraucherverbänden müssen dabei ebenso in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden wie die Vertreter der Beschäftigten."

Unsere Bundestagsfraktion fordert die Vergesellschaftung der Netze und die Zerschlagung der Monopole. Wir sind der Meinung, dass die Zeit reif ist für weitergehende Forderungen und dass wir mit breiter Zustimmung rechnen können.

Auf Grundlage der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen fordert DIE LINKE.NRW die Vergesellschaftung der Energiekonzerne.

(Artikel 27, Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen:

„(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.

(2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten“)

Gütersloh, 19. Oktober 2007

Petra Gotthardt, Michael Pusch

DIE LINKE.GÜTERSLOH

0171-1709215